

## IG Metall Tauberbischofsheim ist immer häufiger im betrieblichen Krisenmanagement gefordert

Mitgliederentwicklung auf Höchststand, betriebswirtschaftliche Fragen rücken ins zentrale Handlungsfeld der Funktionsträger, der Widerstand gegen das Sparpaket der Regierung geht weiter.

Tauberbischofsheim. Zur ersten Delegiertenversammlung nach der Sommerpause hatte die IG Metall Tauberbischofsheim ihre Vertreter aus den metall- und holzverarbeitenden Betrieben des Main-Tauber und Neckar-Oderwald-Kreises im katholischen Gemeindehaus Tauberbischofsheim zusammen gerufen. Themenschwerpunkte waren aktuelle Betriebskonflikte vor Ort, ein Fachvortrag zu Handlungsstrategien von Arbeitnehmer-Vertretungen bei Unternehmenskrisen sowie die sozialpolitische Aktion „Kurswechsel für ein gutes Leben“. Unter zahlreichen Gästen begrüßte der 2. Bevollmächtigte Lothar Harlacher den Vertreter der Stuttgarter Bezirksleitung Joseph Bechtel und als Referenten des Abends den betriebswirtschaftlichen Sachverständigen der EWR Consulting GmbH Steffan Zillig.

Gerd Koch, erster Bevollmächtigter der IG Metall Tauberbischofsheim konnte in seinem Geschäftsbericht einen weiteren Mitgliederzuwachs für die Verwaltungsstelle auf nun mehr 7141 als erneuten Höchststand bekannt geben. Dies sei unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen an der Seite der Betriebsräte und Belegschaften besonders in konkreten Konfliktsituationen. Koch berichtete vom Stand schwieriger Verhandlungen bei Reum in Hardheim um den Firmenerhalt und von den harten Auseinandersetzungen der Beschäftigten bei Scheuermann & Heilig in Buchen um einen Anerkennungstarifvertrag. Um Verständnis und Solidarität musste Koch bei den Delegierten an diesem Abend nicht werben. Unterschiedliche Konflikte - ob bei drohender Insolvenz eines Unternehmens, ob in der Frage nach Tarifbindung, ob in betriebliche Umstrukturierungen oder ob der Entwurf einer Unternehmensstrategie für die Zukunft wie bei der Firma Weinig – stellten mit unterschiedlichen Voraussetzungen enorme Anforderungen an die Betriebsräte. Die Verhandlungen um einzelne Unternehmensentscheidungen seien im Kern immer ein Ringen um die Sicherung der jeweiligen Arbeitsplätze und den Erhalt von Entgeltbestandteilen. Neben dem nötigen Sachverstand entschiedene Stärke und Zusammenhalt der Arbeitnehmerseite nicht selten über ein zufriedenstellendes Ergebnis für die Betroffenen.

Fast nahtlos konnte der Referent mit seinem Thema „Unternehmenskrisen – Anforderungen an die Betriebsratsarbeit“ nach diesen Ausführungen einsteigen. Zillig untermauerte den von den Gewerkschaftern skizzierte Wandel der Anforderungen an die Arbeit und daraus folgernd die Notwendigkeit betriebswirtschaftlichen Know How nicht erst bei der Lösungssuche im Konfliktfall, sondern schon bei Beteiligung von Arbeitnehmern an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Mit einem kurzen Abriss der aktuellen ökonomischen Rahmendaten beleuchtete er Chancen und Risiken für Unternehmen bevor er auf Krisenauswirkungen und –analysen näher einging. Ziel müsse sei, durch Früherkennung und Innovationsbereitschaft „zukünftige Krisen“ zu verhindern. Die Mitwirkung der Arbeitnehmer, die Anforderungen an ihre Gremien bedürfe der betriebswirtschaftlichen Qualifizierung, zu der sein Unternehmen ein dreistufiges Programm für Arbeitnehmervertretungen entwickelt habe. Unter dem Begriff „Wirtschaftsakademie“ wird die IG Metall vor Ort ihren Mitgliedern aus Wirtschaftsausschüssen, Betriebs- und Aufsichtsräten diese Schulungen im kommenden Frühjahr anbieten.

Das Resümee aus den unzählbar vielen Betriebsauseinandersetzungen um die Krisenbewältigung in den vergangenen 18 Monaten zog der Bezirksleitungsvertreter. Joseph Bechtel erinnerte: „Ohne die Betriebsräte und die IG Metall sähe das Land heute anders aus. Vieles wäre in Hinsicht auf die schnelle Konjunkturerholung mit Hochlauf der Produktion nicht möglich, wenn uns das Halten der Arbeitsplätze durch Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung und Kurzarbeit nicht gelungen wäre. Damit wurden deutlich bessere Startchancen aus der Krise heraus geschaffen --nicht nur für die Einzelunternehmen sonder auch im europäischen Vergleich!“ Ohne Arbeitnehmergremien seien betriebliche Probleme vorschnell über Kündigungen gelöst worden mit der Folge, dass die Auftragsbearbeitung durch das Fehlen qualifizierter, eingearbeiteter Beschäftigter stoppe. Diese Lücke müsse nun wieder mit unterbezahlten Leiharbeitern gestopft werden. Und dieser „moderne Sklavenhandel“ sei ein Grund mehr, sich an den sozialpolitischen Protestaktionen der Gewerkschaften gegen das Sparpaket der Bundesregierung zu beteiligen. Die an diesem Abend dazu vorgestellte Aktionsschiene „Kurswechsel für ein gutes Leben“ bündelte nach Meinung der Gewerkschafter eben nicht nur den Protest gegen eine unsoziale Sparpolitik und den Zorn über die Verschonung der eigentlichen Krisenverursacher aus Politik und Finanzkapital. Leiharbeit, Rente mit 67, Gesundheitsreform zu Lasten der Arbeitnehmerbeiträge, Bildungsungerechtigkeit und Harz IV – Zündstoff genug mit dem die IG Metall in diesem Herbst ihre Mitglieder im Betrieb und auf der Strasse mobilisieren möchte.

In den nächsten Wochen sind in diesem Rahmen betriebliche Aktionen von Info-Veranstaltungen über Betriebsversammlungen bis zu öffentlichen Protestaktionen geplant. Vorläufiger Höhepunkt soll eine Großdemonstration am 13. November in Stuttgart bilden.